

Universitäts- und Landesbibliothek Bonn

Grundzüge einer verbesserten Universitäts-Verfassung

berathen und genehmigt in den Plenarversammlungen der ordentlichen
und außerordentlichen Professoren zu Bonn vom 27. Juni bis zum 25.
August 1848

Bonn, 1848

urn:nbn:de:hbz:5:1-14274

Grundzüge

einer

verbesserten Universitäts-Verfassung.

Verathen und genehmigt

in den Plenarversammlungen

der ordentlichen und außerordentlichen Professoren zu Bonn

vom 27. Juni bis zum 25. August 1848.



Bonn, 1848.

U e b e r s i c h t.

- I. Die Universität als wissenschaftliche Anstalt. §. 1—12.
 - II. Die Universität als Staats-Anstalt. §. 13—25.
 - III. Die Universität als Corporation mit dem Rechte der Selbstverwaltung. §. 26—68.
 - A. Die Gesamtheit. §. 35—36.
 - B. Der Verwaltungsrath. §. 37—50.
 - C. Der Disciplinarsenat. §. 51—67.
-

Die vorliegenden Grundzüge sind das Resultat derjenigen Berathungen, welche durch das Rescript des hohen Königl. Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 15. April d. J. auf allen preussischen, Universitäten veranlaßt worden sind. Die zuerst aus der Mitte der hiesigen ordentlichen Professoren ernannte Commission konnte sich dabei einer gedruckten Vorarbeit bedienen, in welcher einige freiwillig zusammengetretene Collegen unmittelbar zuvor ihre Ansichten über die wünschenswerthesten Reformen unserer akademischen Zustände niedergelegt hatten. Ihre eigenen gedruckten Vorschläge sind später in zwei und zwanzig Plenarversammlungen sämmtlicher ordentlichen und außerordentlichen Professoren geprüft und theilweise modificirt worden; in dieser Gestalt werden sie jetzt mit den Vorschlägen der übrigen preussischen Universitäten zusammenzustellen sein, um das Material zur definitiven Reform derselben zu bilden. Sehr ersprießlich würde es sein, wenn bei der definitiven Feststellung von Seiten des Königl. Ministeriums Deputirte von den sechs Universitäten zugezogen würden.

Daß es bei diesen Entwürfen nicht darauf abgesehen war, die bisherigen Universitätsstatuten ganz zu beseitigen, zeigt der Augenschein, wie denn auch ein darauf bezüglicher Vorbehalt am Schlusse hinzugefügt worden ist. Es kam nur darauf an, die leitenden Gesichtspunkte festzustellen und dabei in so weit theils durch nähere Bestimmungen, theils auch durch Beispiele in das Einzelne einzugehen, als zur nöthigen Anschaulichkeit und Sicherheit der vorgezeichneten Wege erforderlich schien.

Die Grundgedanken aber lassen sich kürzlich auf folgende Hauptsätze zurückführen.

Erstens: den preussischen Universitäten werde die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten in erweitertem Umfange zurückgegeben, so daß die Einwirkung, welche die höchste Staatsbehörde direct oder durch ihren Kanzler sich vorbehält, auf die Oberleitung und Oberaufsicht, im eigentlichen Sinne des Worts, auf die Wahrnehmung der Interessen des Staats und auf Erhaltung der nöthigen Einheit in dem Gange der specielleren Verwaltung beschränkt bleibe.

Zweitens: um aber die eigentlichen Verwaltungsgeschäfte der Universität den sichersten Händen in ihrer Mitte anzuvertrauen, werde ein besonderer Verwaltungsrath gebildet, welcher außer dem Rector, dem Prorector und dem Universitäts-Syndicus, nur aus gewählten ordentlichen Professoren bestehe.

Drittens: dagegen ist die akademische Jurisdiction den ordentlichen und außerordentlichen Professoren gemeinsam, und zwar in der Weise zu übertragen, daß hier auch die Mitwirkung der Decane nach wie vor in Anspruch zu nehmen sein wird.

Da aber das Ansehen der akademischen Disciplinargewalt durch nichts so empfindlich verletzt wird, als durch die Möglichkeit höherer Eingriffe in die gefällten Entscheidungen, wenn sie nicht im Wege der Begnadigung beseitigt werden, so ist dafür zu sorgen, daß innerhalb der Universität in der Regel zwei Instanzen gebildet werden, und daß da, wo dies nicht möglich sein würde, doch eine vorgängige mehrfache Prüfung der Sache durch verschiedene richterliche Gewalten veranlaßt werde. Es ist versucht worden, hiebei die Analogie des rheinischen Strafverfahrens, so weit dies im verkleinerten Maßstabe möglich war, festzuhalten, namentlich auch durch Gleichstellung des Universitätsrichters, wo derselbe für sich allein zu entscheiden hat, mit dem rheinischen Friedensrichter.

Damit endlich bei diesen zwiefachen Instanzen das Ansehen des Rectors auch in der Hinsicht nicht gefährdet und seine Stellung als Haupt der Universität gehörig gesichert werde, hat ein Theil der minder wichtigen Disciplinarangelegenheiten dem Decan der Juristenfacultät übertragen werden müssen.

Viertens: für die thätige Mitbetheiligung der außerordentlichen Professoren bei den Angelegenheiten der Corporation und für eine würdigere und besser gesicherte Stellung der Privatdocenten ist in den Vorschlägen so weit gesorgt worden, als solches von der Mehrzahl für möglich und ausführbar gehalten worden ist.

I.

Die Universität als wissenschaftliche Anstalt.

§. 1. Die unmittelbare Aufgabe der Universitäten ist: durch freie Lehre der Wissenschaft wissenschaftliche Bildung zu gewähren und fortzupflanzen. Erst mittelbar werden sie, sofern freie Lehre Selbstthätigkeit voraussetzt, zugleich Werkstätten für die Fortentwicklung der Wissenschaft; und sofern wissenschaftliche Bildung Erforderniß für die Zwecke des Staates und der Kirche ist, zugleich Pflanzschulen für den Staats- und Kirchendienst.

§. 2. Die Universität zerfällt nach den zu praktischer Geltung gekommenen wissenschaftlichen Fächern und Berufen in vier, oder sofern sie eine paritätische ist, in fünf Facultäten, welche die in ihr wissenschaftliches Gebiet fallenden Angelegenheiten selbständig leiten. Sie sind:

- 1) und 2) die beiden theologischen;
- 3) die juristische;
- 4) die medicinische;
- 5) die philosophische.

§. 3. Die Wahl ihres Decans vollzieht jede Facultät durch absolute Stimmenmehrheit der ordentlichen Professoren.

§. 4. Für alle Anstellungen und Berufungen ihrer Lehrer hat die betr. Facultät ein Vorschlagsrecht, ohne dabei an eine bestimmte Zahl von Vorzuschlagenden gebunden zu sein, und tritt zu diesem Ende mit der Staatsbehörde in Verbindung, der das Ernennungsrecht zusteht. Sowohl die Staatsbehörde als die Facultät hat ein unbedingtes Ablehnungsrecht. (Vgl. §§. 20. 38.)

§. 5. Die Zahl der etatsmäßigen Professuren jeder Facultät hängt von einer, mit Rücksicht auf den jedesmaligen Standpunkt und Umfang der verschiedenen Wissenschaften, so wie auf das jedesmalige Bedürfniß der Universität von Zeit zu Zeit zu erneuernden Feststellung ab, zu der die Vorschläge von den Facultäten ausgehen.

§. 6. Erweitert wird der Wirkungskreis der Facultäten dadurch, daß jede Facultät einschließlich der Extraordinarien, als Gesamtheit die Sorge für die ihr angehörigen Institute und Sammlungen mit deren einzelnen Vorstehern, jedoch unbeschadet der nöthigen Selbstständigkeit der letztern, im Wege der Berathung theilt. Sie empfängt darüber jährlichen Bericht von den Vorstehern, hat das Recht ihnen Vorschläge zu machen, und höhern Orts Anträge zu stellen.

§. 7. Die Bibliothek als allgemeines Universitäts-Institut steht unter einer Einwirkung der einzelnen Facultäten nur insofern, als die sämtlichen Facultäten mit Einschluß der Extraordinarien und Privatdocenten nach der Oster- und nach der Herbstmesse, mit Rücksicht auf die Vertheilung der Fonds für die einzelnen Fächer der Bibliothek, Listen anzuschaffender Bücher eingeben, die vor andern anzuschaffen sind.

§. 8. Das Recht der Stipendienvertheilung verbleibt den einzelnen Facultäten in den bisherigen Grenzen, jedoch vorbehaltlich einer verhältnißmäßiger Vertheilung der Stipendienfonds unter die verschiedenen Facultäten selbst.

§. 9. Die verschiedenen Facultäten derselben Universität und die gleichnamigen Facultäten der verschiedenen Universitäten vereinigen sich zur Feststellung möglichst gleichmäßiger Normen für die Ertheilung akademischer Grade und für die Zulassung zum Lehramt, sowohl was die Anforderungen, als was die Wirkungen derselben betrifft.

§. 10. Obgleich die lateinische Sprache im Allgemeinen als Sprache der gelehrten Corporation in der bisher üblichen Weise festgehalten wird, so ist doch theils für die feierlichen Universitätsacte daneben der Gebrauch der deutschen Sprache freigegeben, theils auch in Betreff der Promotionsleistungen und der akademischen Preisaufgaben jede Facultät und in der philosophischen Facultät jede Section ermächtigt, für einzelne Fächer Ausnahmen von der Regel eintreten zu lassen. Auch der Gebrauch einer andern neueren Sprache kann von der betreffenden Facultät zugestanden werden.

§. 11. Die Stellung der Privatdocenten wird eine freiere dadurch, daß

- a) die Abhängigkeit ihrer Habilitation von einer besondern Curatorial- oder Ministerialerlaubnis aufgehoben wird;
- b) daß ihnen gestattet ist, sich für jede Disciplin, sowie für mehr als eine Disciplin zugleich, innerhalb der betr. Facultät durch Erfüllung der erforderlichen Leistungen zu habilitiren;
- c) daß die Beschränkung, vermöge deren sie in dem ersten Semester oder den ersten Semestern keine Vorlesungen, sondern nur Repetitorien halten dürfen, wegfällt;

d) daß, wenn bei etwaiger Uebersiedelung derselben an eine andre Universität, der betreffenden Facultät letzterer der Nachweis literarischer Leistungen und erfolgreicher Lehrthätigkeit geliefert worden, die gewöhnlichen Habilitationsleistungen wegfallen.

e) daß, wenn sie nach mindestens zweijähriger Wirksamkeit in den praktischen Staatsdienst übergehen wollen, die der juristischen Facultät, wosern sie im Spruchcollegium thätig waren, von den beiden ersten Staatsprüfungen befreit sind, die der evangelisch-theologischen Facultät nur ein auf die praktischen Disciplinen und Uebungen sich beziehendes Colloquium zu bestehen haben, die der medicinischen vom Kreisphysicatsexamen entbunden und bei Befetzung derjenigen Stellen, für welche sie qualificirt sind, grundsätzlich bevorzugt werden; denen der philosophischen Facultät das Oberlehrerexamen und das Probejahr erlassen wird;

f) daß das allgemeine Aufsichtsrecht der Facultäten über ihre Privatdocenten nicht in drückenden oder demüthigenden Formen gehandhabt oder ausgesprochen, insbesondere die Verpflichtung aufgehoben wird, ihre Ansätze am schwarzen Brett vom Decan viduiren zu lassen.

§. 12. Im Uebrigen hat sich eine neue Redaction der verschiedenen Facultätsstatuten auf die Verbesserung oder Tilgung aller derjenigen Einzelbestimmungen zu erstrecken, die sich durch die Erfahrung als unzuweckmäßig herausgestellt haben.

II.

Die Universität als Staatsanstalt.

§. 13. Die Universität ist Staatsanstalt mit frei entwickeltem Corporationsleben. Staatsanstalt ist sie, sofern sie vom Staate gestiftet ist, um in Wechselbeziehung mit den übrigen öffentlichen Lehranstalten, wie zu der wissenschaftlichen Ausbildung seiner Beamten, so zur Förderung der geistigen Entwicklung des Staatslebens mitzuwirken und insofern sie ihre Subsistenzmittel vom Staate erhält.

§. 14. Als Staatsanstalt steht sie unter der Oberleitung des ihr vorgesetzten Mini-

steriums, welches seinerseits sie bei den Ständen des Königreichs vertritt und die Bewilligung der zu ihrer Erhaltung erforderlichen Mittel befürwortet.

§. 15. Der Vertreter dieser Staatsbehörde ist der Universitäts-Kanzler, der seinen Wohnsitz am Universitätsorte haben muß und weder Mitglied der Universität ist, noch es in den letzten zwei Jahren war. Seine Stellung ist die eines Vermittlers zwischen der Staatsbehörde und der Universitäts-Corporation, der, ohne vorgesezte Behörde zu sein, nach Maaßgabe der nachfolgenden Paragraphen (18 bis 24, 38 bis 47. 49.) die Interessen der Universität vom Standpunkte des Staates wahrnimmt.

§. 16. Als Corporation hat die Universität das Recht der Selbstverwaltung innerhalb derjenigen Grenzen, die mit der Unterordnung unter die Staatszwecke und der Oberleitung der Staatsgewalt verträglich sind.

§. 17. Keiner speciellen Einwirkung der Staatsgewalt, mit Ausnahme ihres Begnadigungsrechtes, ist die Universität unterworfen in ihrer die Disciplin der Studirenden betreffenden Thätigkeit; in der auf die Lehre der Wissenschaft bezüglichen nur insoweit, als die Zwecke des Staates Vollständigkeit der Lehrgegenstände erheischen.

§. 18. Dagegen steht sie in Beziehung auf alle, weder die Disciplin, noch die Wissenschaft und Lehre als solche betreffenden Angelegenheiten in ununterbrochener Verbindung mit dem Kanzler, und führt in Gemeinschaft mit diesem, unter Vorbehalt der für die wichtigeren Interessen erforderlichen Genehmigung der Staatsbehörde selbst, ihre Verwaltung in den verfassungsmäßigen Formen.

§. 19. Unbedingt erforderlich ist die Genehmigung der Staatsbehörde für alle Verfügungen über unbewegliches Eigenthum oder Capitalvermögen der Corporation, für die Aufstellung des jährlichen Finanzetats, für die nach §. 5 zu erneuernde Feststellung der etatsmäßigen Professuren, für die Einrichtung oder Umgestaltung der wissenschaftlichen Institute der Universität, und für jede Veränderung der Statuten; für die Personalanstellungen dagegen nach Maaßgabe der nachstehenden Bestimmungen.

§. 20. Für alle Anstellungen und Berufungen von Professoren hat in gleicher Weise, wie nach §. 5. die Universität durch ihre Facultäten, auch die Staatsbehörde sowohl das Vorschlagsrecht als das unbedingte Ablehnungsrecht, während der letztern allein das Recht der wirklichen Ernennung zusteht.

§. 21. Amtsentsetzung, Amtsentfernung oder Suspension von Professoren kann, abgesehen von den strafrechtlichen Fällen, welche im ordentlichen Rechtswege entschieden werden, nur mit Zustimmung von mindestens drei Vierteln der Gesamtheit der ordentlichen, oder wenn der Betheiligte außerordentlicher Professor ist, der ordentlichen und außerordentlichen Professoren erfolgen.

§. 22. In Ansehung der Professoren der katholisch-theologischen Facultät hat sich die Staatsbehörde mit der zuständigen Kirchenbehörde dahin zu verständigen, daß die Stellung

derselben auch von Seiten der katholischen Kirche als eine feste Stellung anerkannt werde, von welcher der Professor nur auf ein im ordentlichen Rechtswege erfolgtes kirchengerichtliches Urtheil entfernt oder suspendirt werden könne.

§. 23. Sollte in Zukunft der Fall eintreten, daß ein Professor außer Amtsthätigkeit gesetzt würde, so darf sein Gehalt oder seine Pension niemals auf Universitätsfonds angewiesen werden.

§. 24. Die Ernennung des Kanzlers steht allein der Staatsbehörde zu, die Wahl des Rectors, der Decane und aller Verwaltungsausschüsse oder Commissionen allein der Universität. Für die Anstellung des Universitäts-Syndicus hat die Staatsbehörde allein das Vorschlagsrecht, die Universität das Ablehnungsrecht; für die Anstellung des Universitäts-Secretärs und des ganzen dem Lehrstande nicht angehörigen Personals, einschließlich der Exercitienmeister, die Universität allein das Vorschlagsrecht, die Staatsbehörde das Ablehnungsrecht; in allen zuletzt genannten Kategorien verbleibt der Staatsbehörde das Recht der wirklichen Ernennung.

§. 25. Der Staat hat das Recht, von denen, die im Staatsdienste angestellt sein wollen, einen Ausweis zu fordern, daß sie sich die dazu erforderliche wissenschaftliche Universitätsbildung erworben haben, aber nicht darüber, wie sie sich dieselbe im Einzelnen erworben haben. Er fordert also den Nachweis über den Besuch bestimmter akademischer Vorlesungen und Institute unbedingt nur für diejenigen Lehrgegenstände, für welche Anschauung oder praktische Uebungen wesentlich und unerlässlich sind; für andere Fächer ist die bisherige Ordnung in so weit zu mildern, als durch eine zweckmäßige Umgestaltung der Prüfungen der Nachweis über den Besuch einzelner vorschriftsmäßiger Vorlesungen entbehrlich gemacht werden kann. Specielle Angaben über den Grad des Fleißes im Besuch der Vorlesungen werden in die amtlichen Zeugnisse nicht aufgenommen; etwaige Empfehlungen besonderer wissenschaftlicher Auszeichnung, die auf den Grund genaueren persönlichen Verkehrs in einzelnen Fällen von einzelnen Lehrern privatim ertheilt werden, sind dadurch nicht ausgeschlossen.

§. 26. Die zur Erforschung der wissenschaftlichen Befähigung von Staatswegen angestellten Prüfungen sind öffentlich zu halten. Die zu ihrer Vollziehung eingesetzten Prüfungs-Commissionen sind so zu gestalten, daß die Professoren der betreffenden Fächer regelmäßig daran betheiligt sind, jedoch dieselben nicht ausschließlich zu bilden brauchen.

III.

Die Universität als Corporation mit dem Rechte der Selbstverwaltung.

§. 27. Der Vertreter und das Haupt der Gesamt-Corporation ist in allen Fällen der Rector der Universität, oder in Stellvertretung desselben der Prorector.

§. 28. Er allein vollzieht die Immatriculation der Studirenden innerhalb der von Staatswegen ein für allemal festgesetzten allgemeinen Normen, so wie unter Mitunterschrift der betr. Decane, und des Universitäts-Syndicus in seiner Eigenschaft als Universitätsrichter, die Abgangszeugnisse.

§. 29. Als Vorsitzender und als ausführende Behörde bildet er die Spitze und den Mittelpunkt der Verwaltung, und ist allein zur Berufung der verfassungsmäßigen Versammlungen der Gesamtheit oder ihrer Ausschüsse berechtigt.

§. 30. In Beziehung auf die Verwaltung besteht die Gesamtheit der Corporation entweder aus allen habilitirten ordentlichen und außerordentlichen Professoren (weiteres Plenum oder General-Concilium), oder aus den habilitirten ordentlichen Professoren allein (engeres Plenum).

§. 31. Die Gesamtheit handelt entweder als solche, oder durch Ausschüsse, bei deren Erneuerung die vorjährigen Mitglieder, so weit es die verfassungsmäßige Zusammensetzung der Ausschüsse gestattet, stets wieder wählbar sind.

§. 32. Dieser Ausschüsse sind zwei: der Disciplinar-Senat und der Verwaltungsrath.

§. 33. Der Disciplinarsenat hat zu seinem alleinigen Wirkungskreise die Handhabung der Disciplin der Studirenden, und besteht aus zwölf Mitgliedern, nämlich: 1) dem Rector, 2) dem Prorector, 3—7) den Decanen der fünf Facultäten, 8) dem Universitäts-Syndicus, 9) einem ordentlichen Professor der juristischen Facultät, 10) bis 12) drei aus beliebigen Facultäten zu wählenden außerordentlichen Professoren. Die vier zuletzt genannten Mitglieder werden auf ein Jahr gewählt.

§. 34. Alle übrigen Angelegenheiten der Universität, so weit sie nicht in das Gebiet der einzelnen Facultäten fallen, werden von dem Verwaltungsrathe geleitet, der aus sieben Mitgliedern besteht, nämlich: 1) dem Rector, 2) dem Prorector, 3—7) fünf aus den fünf Facultäten gewählten ordentlichen Professoren. 8) Nur für die rechtlichen Verhältnisse ist der Universitäts-Syndicus Beisitzer des Verwaltungsraths, und zwar alsdann mit Stimm-

recht. Die unter 3—7) genannten Mitglieder werden auf zwei Jahre gewählt, jedoch so, daß jedes Jahr die Hälfte, abwechselnd die größere oder die kleinere, ausscheidet.

§. 35. Die in §. 33 unter 2. 9—12, und in §. 34 unter 2—7 bezeichneten Aemter sind Ehrenämter und mit besondern Emolumenten nicht verknüpft.

A. Wirksamkeit der Gesamtheit.

§. 36. Selbsthandelnd tritt die Gesamtheit auf in den nachstehend bezeichneten Fällen, und zwar

I. Das weitere Plenum oder General-Concilium.

1. Es wählt den Rector mittels einfacher Wahl aus der Zahl der ordentlichen Professoren, jedoch mit absoluter Stimmenmehrheit.
2. Es wählt die vier nicht von selbst gegebenen Mitglieder des Disciplinarsenats, ebenfalls durch absolute Stimmenmehrheit.
3. In einer jedes Quartal einmal zu berufenden General-Versammlung empfängt es sowohl vom Disciplinarsenat als vom Verwaltungsrathe Bericht über alle wichtigeren Gegenstände ihrer Wirksamkeit, und hat seinerseits das Recht, Vorschläge zu machen und Anträge zu stellen.
4. Insbesondere empfängt es alljährlich Mittheilung des vom Verwaltungsrathe aufgestellten und höhern Orts vollzogenen Finanzetats, und nach Ablauf des Jahres die Rechnungsablage.
5. Ihm steht die Beschlußnahme über jede Aenderung der bestehenden Statuten zu.
6. Auf den Antrag von wenigstens zwölf Mitgliedern muß jederzeit eine außerordentliche Versammlung des weitem Plenums veranstaltet werden.

§. 37

II. Das engere Plenum.

1. Es wählt durch absolute Stimmenmehrheit die fünf durch Wahl zu bestimmenden Mitglieder des Verwaltungsraths.
2. Es hat das Recht der Berathung und, vorbehaltlich der in §§. 18. 19 und 24 enthaltenen Bestimmungen, der Beschlußnahme in den wichtigeren Verwaltungsangelegenheiten. Diese sind:
a) alle Eigenthumsverfügungen;

b) die Anstellung aller nicht zum Dozenten- Personal gehörigen Universitäts-Beamten;

c) alle von der Mehrheit des Verwaltungsrathes für wichtig erklärten Fälle.

3. Auf den Antrag von wenigstens acht Mitgliedern muß jederzeit eine Versammlung des engern Plenums berufen werden.

B. Wirksamkeit des Verwaltungsrathes.

§. 38. Der Verwaltungsrath ist das Organ der Universität, durch welches diese mit der Staatsbehörde, und die Staatsbehörde mit der Universität in Verbindung tritt.

§. 39. Nur die Anstellungen und Berufungen von Universitätslehrern machen hiervon nach §. 4 eine Ausnahme, die darauf bezüglichen Schreiben werden von dem Ministerium unmittelbar an die betr. Facultät, und von dieser an das Ministerium gerichtet. Der Verwaltungsrath greift in diese Angelegenheiten weder unmittelbar noch mit entscheidender Stimme ein; jedoch gehen die betreffenden Anträge oder Berichte der Facultäten durch seine Hände, um von ihm aus dem Standpunkte der allgemeinen Universitätsinteressen begutachtet werden zu können und mit dieser Begutachtung an das Ministerium zu gelangen. Dasselbe gilt von den in §. 5 erwähnten Facultäts-Vorschlägen.

§. 40. In allen übrigen Verwaltungs-Angelegenheiten kann sowohl vom Verwaltungsrathe, wie vom Kanzler die Initiative ergriffen werden.

§. 41. Amtliche Anträge oder Berichte an die Staatsbehörde sind entweder gemeinschaftlich oder gesondert. Die gemeinschaftlichen werden zum Zeichen des Einverständnisses vom Kanzler und Rector unterzeichnet. Die gesonderten sind zuvor von Seiten des Kanzlers dem Verwaltungsrathe, und von diesem dem Kanzler zur Kenntnissnahme mitzutheilen, und daß dieses geschehen, durch Unterschrift des Rectors, beziehungsweise des Kanzlers, zu beglaubigen.

§. 42. Alle von der Universität abzuschließenden Rechtsgeschäfte erhalten ihre gesetzliche Gültigkeit nur durch die gemeinsame Unterschrift einerseits des Kanzlers, anderseits des Rectors und des Universitäts-Syndicus. Alle sonstigen Schriftstücke der Universität, abgesehen von den an das vorgeordnete Ministerium gelangenden Berichten, werden Namens der Corporation, beziehungsweise des Verwaltungsrathes oder Disciplinarsenates, vom Rector erlassen und von ihm allein unterzeichnet.

§. 43. Die Registratur und das Archiv der Universität, so wie des bisherigen Cura-

toriums stehen gleichmäßig dem Kanzler und dem Rector zur Verfügung; Einsicht in die Acten zu nehmen ist jedem Mitgliede des Verwaltungsrathes gestattet. Den übrigen Mitgliedern des weiteren Plenum ist dasselbe in der Regel durch den Verwaltungsrath zu gewähren.

§. 44. Dem Verwaltungsrathe liegt in Gemeinschaft mit dem Kanzler die Aufstellung des jährlichen Finanzetats ob.

§. 45. Maßgebende Gesichtspunkte für die Aufstellung des Etats sind vornehmlich: 1) daß jedem etatsmäßigen ordentlichen und außerordentlichen Professor auch ein Minimum als etatsmäßiger Normalgehalt zukommen muß; daß zu dem Ende 2) in jeder Facultät eine gewisse verhältnismäßige Anzahl von außerordentlichen Professoren als etatsmäßig festgestellt wird; daß 3) in jeder Facultät, und sowohl bei den ordentlichen als bei den außerordentlichen Professoren, eine von den Fächern unabhängige, nur durch das Dienstalter bedingte Steigerung des Normalgehaltes stattfindet; und daß endlich 4) der älteste nicht etatsmäßige außerordentliche Professor zum etatsmäßigen bei Erledigung ipso iure vorrückt. Es versteht sich, daß die vollständige Durchführung dieser Grundsätze nur allmählich und ohne Beeinträchtigung wohlervorbener Rechte erfolgen kann. — Vorbehalten bleibt, daß jede Universität hinsichtlich jenes Minimums zufolge ihrer örtlichen Eigenthümlichkeit ihre besonderen Anträge stelle.

§. 46. Innerhalb der einzelnen Positionen des durch die Genehmigung der Staatsbehörde vollzogenen Etats sind Kanzler und Verwaltungsrath, falls sie einverstanden, selbstständig zu verfügen ermächtigt; in Fällen abweichender Ansicht entscheidet das Ministerium.

§. 47. Für die im Jahresetat nicht vorgesehenen oder darin freigelassenen Verwendungen hat der Verwaltungsrath allein das Antragsrecht; das Ministerium kann darüber nicht, ohne vorher den Verwaltungsrath gehört zu haben, verfügen.

§. 48. Die Verfügung über den Stipendienfonds kommt, soweit nicht besondere Stiftungsbestimmungen entgegenstehen, ausschließlich dem Verwaltungsrathe zu, der nach festen Normen im Verhältnisse zu der Summe, für dringende Fälle einen Theil sich vorbehält und den andern Theil den Facultäten zur Verwendung überweist. Einbegriffen sind unter dem von dem Verwaltungsrathe verwendeten Theile die aus dem Stipendienfonds bestrittenen Remunerationen für die Assistenten der Institute.

§. 49. Eine in die Verwaltung der wissenschaftlichen Institute unmittelbar eingreifende Einwirkung übt der Verwaltungsrath nicht; doch gehen die Berichte und Anträge der Institutsvorsteher durch den Verwaltungsrath und Kanzler; und mit deren Begutachtung, an das Ministerium. Dasselbe gilt von den auf die Institute bezüglichen Berichten der Facultäten (§. 7), sowie von denen der Bibliotheks-Verwaltung, der Universitäts-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt, und des akademischen Lese-Vereins, für welche beiden letztgenannten Institute die bestehende Verfassung und Verwaltung in Kraft bleibt.

§. 50. Alle in §. 37 unter 2. a—c näher bezeichneten Gegenstände werden von dem Verwaltungsrathe für die Berathung und Beschlußnahme des engern Plenums vorbereitet.

C. Wirksamkeit des Disciplinarsenats.

§. 51. Die richterliche und Disciplinargewalt der Universität wird theils durch den ganzen Disciplinarsenat, theils durch die ihn vertretenden Commissionen, theils durch den Syndicus der Universität in seiner Eigenschaft als Universitätsrichter, ausgeübt.

§. 52. Alle Civilsachen gegen Studirende, welche nicht vor ein auswärtiges Forum gehören, werden zunächst bei dem Universitätsrichter angebracht, welcher sie, nach vergeblich angestelltem Vergleichsversuche, durch richterliches Erkenntniß zu erledigen hat. Dabei wird, mit Ausnahme der Contumacial-Erkenntnisse, auf Vermeidung von Gerichtskosten möglichst Bedacht genommen.

§. 53. Beträgt die Streitsumme über zwanzig Thaler Courant, so sind beide Parteien berechtigt, die Entscheidung des Universitätsrichters durch rechtzeitige Berufung vor der Civilcommission des Disciplinarsenats anzufechten. Bei solchen Berufungen ist von dem Berufenden ein Thaler zu deponiren, welcher im Falle des Unterliegens als Succumbenzstrafe verfallen ist.

§. 54. Diese Civilcommission besteht aus dem Decan der Juristenfacultät oder seinem Stellvertreter als Vorsitzendem, und aus zweien vom Disciplinarsenate aus seiner Mitte ernannten Mitgliedern, deren Eins zu den juristischen Professoren gehören muß.

§. 55. Der Rector ist jederzeit befugt, sowohl den Verhandlungen vor dem Universitätsrichter, als denen vor der Civilcommission beizuwohnen; auch kann er, wenn in der letzteren keine positive Stimmenmehrheit sich ergeben sollte, als Mitstimmender den Ausschlag geben.

§. 56. Die Disciplinargewalt der Universität erstreckt sich auf alle akademischen, so wie auf alle sonstigen Vergehen, welche nach den bürgerlichen Strafgesetzen mit höchstens vierwöchigen Freiheitsstrafen zu belegen sind.

§. 57. In Disciplinarsachen entscheidet der Universitätsrichter in erster Instanz, wenn die Strafe nicht über fünfzigiges Karzer hinausgeht. Dabei betragen die Actuariatsgebühren fünfzehn Silbergroschen.

§. 58. Schwerere Fälle werden, so lange keine Entfernung eines Studirenden von der Universität in Frage steht, in erster Instanz von der Disciplinar-Commission des Senats entschieden, welche aus dem Prorector als Vorsitzendem, dem Universitätsrichter und einem vom Senate aus seiner Mitte gewählten Mitgliede besteht. Dieses Mitglied

muß ein juristischer Professor sein, wenn nicht schon der Prorector der juristischen Facultät angehört.

§. 59. Wenn der Universitätsrichter der Meinung ist, daß in einer von ihm untersuchten Disciplinarsache auf mehr als fünfzigiges Karzer zu erkennen sei, so hat er nach geschlossener Untersuchung die Untersuchungsacten der Disciplinarcommission zum Behufe einer Vorberathung vorzulegen. Die Commission hat hierauf zu entscheiden, ob sie entweder 1) die Sache an den Universitätsrichter zum Zwecke eines seiner Competenz entsprechenden Urtheils zurückweisen, oder 2) die einstweilige Aussetzung der Untersuchung, oder 3) die weitere Instruction der Sache verfügen, oder 4) sofort ein eigenes Strafurtheil fällen will.

§. 60. Hat sich aber 5) bei der Vorberathung eine anscheinende Nothwendigkeit der Relegation oder sonstigen Entfernung des Angeeschuldigten von der Universität als Strafe ergeben, so muß die Sache dem ganzen Disciplinarsenate zur Fällung des Urtheils vorgelegt werden. In diesem Falle wird jedoch die Thatsache, so weit sie streitig ist, von neun nicht zum Disciplinarsenate gehörigen, und jedesmal besonders zu vereidenden Geschworenen entschieden, deren drei aus den ordentlichen Professoren, drei aus den außerordentlichen Professoren und den Privatdocenten, und drei aus den älteren Studirenden der Universität genommen werden.

§. 61. Zu diesem Zwecke wird am Anfang jedes Semesters eine Geschwornenliste von 24 Studirenden gebildet, welche öffentlich durch das Loos aus allen denjenigen, die bereits zwei volle Semester in Bonn studirt und das 21ste Lebensjahr zurückgelegt haben, ausgeschieden, und nach dem Anfangsbuchstaben ihrer Namen in zwei Abtheilungen von je zwölf gesondert werden.

§. 62. In jedem betreffenden Falle ernennt der Vorsitzer des Disciplinarsenats je sechs Personen aus der ersten und aus der zweiten Klasse der Geschworenen, aus welcher die Angeeschuldigten gemeinsam je drei zu recusiren berechtigt sind. Von den Studirenden werden abwechselnd aus der einen oder der anderen Abtheilung drei bis sechs Geschworene durch das Loos bestimmt, so daß das Recusationsrecht ebenfalls dreimal, sobald ein Name gezogen ist, geübt werden darf.

§. 63. Nach ergangenem Ausspruch der Geschworenen über die That, hat der Disciplinarsenat über die Strafe allein zu berathen und zu entscheiden.

§. 64. In den geringeren von dem Universitätsrichter oder der Disciplinarcommission entschiedenen Straffällen kann der Disciplinarsenat, in Folge rechtzeitiger Berufung, in zweiter Instanz entscheiden, ist aber dann auch zur Schärfung der angefochtenen Strafe berechtigt. Gegen die erkannten Relegationen oder sonstigen Entfernungen von der Universität findet keine Berufung Statt.

§. 65. Bei den im §. 64 erwähnten Berufungen müssen diejenigen Mitglieder des

Disciplinarsenats, die an dem ersten Erkenntniß Antheil genommen, sich der Abstimmung enthalten.

§. 66. Ehe der Disciplinarsenat oder die Disciplinarcommission ein Straferkenntniß erläßt, muß dem Angeschuldigten Gelegenheit gegeben werden, sich mündlich zu vertheidigen, oder sich aus sämtlichen Professoren der Universität einen Vertheidiger zu wählen.

§. 67. Vorbehalten bleibt eine Umarbeitung der allgemeinen Universitätsstatuten, so wie der akademischen Strafgesetze.